AGA – SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE

REPORT NR. 16 | 2020 – 2021

IG METALL
Vorstand
Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Impressum

Herausgeber:
IG Metall Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Verantwortlich:
FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

Redaktion:
Dieter Beckmann, Karl-Heinz Benders, Angelika Berner, Iris Billich, Sebastian Bödeker, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Günter Hameister, Lutz Heitmann, Konrad Hirsch, Stefanie Janczyk, Jürgen Keith, Burkhard Schüßler

Fotos:
IG Metall Vorstand, IG Metall Bayern, IG Metall Berlin, IG Metall Bocholt, IG Metall Hamburg, IG Metall Lenneschiene, IG Metall Märkischer Kreis, IG Metall Nordhessen, IG Metall Siegen, IG Metall Stuttgart, IG Metall Weser-Elbe, IG Metall Zwickau, Frank Rumpenhorst, weyo, contrastwerkstatt – stock.adobe.com

Gestaltung, Redaktion:
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Stand:
Dezember 2020

INHALTSVERZEICHNIS

Corona zeigt den Wert des Sozialstaats 2

Corona und Sozialstaat 3

Der Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet: Wir werden ihn gegen seine Kritiker verteidigen müssen 4

Gerade jetzt: gute Leistungen, gerecht finanziert!: Gesundheitspolitik unter Corona-Bedingungen 6

Rente ist und bleibt ein Top-Thema: Alterssicherungspolitik in Zeiten der Corona-Pandemie 8
Die Grundrente ist da – beendet sie die Altersarmut?
Erfolgreich gegen die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten

Beschäftigung sichern, Veränderung unterstützen: Arbeitsmarktpolitik in Zeiten von Corona-Pandemie und Transformation 12

Die kalte Seite des Sozialstaats: Der Hartz IV-Regelsatz wird weiterhin kleingerechnet. 14
„AufRecht bestehen“ – bundesweiter Aktionstag

AGA vor Ort 17

Berlin erlebt „anderen“ Maifeiertag: AGA Berlin: Ein 1. Mai wie niemals zuvor in Zeiten von Corona 18

Es geht nicht um das „ob“, sondern um das „wie“: Seminar zum Klima- und Umweltschutz bei der AGA Siegen 20

AGA-WhatsApp-Gruppe gegründet: AGA Märkischer Kreis stellt Informationsaustausch sicher 21

Tag der Befreiung – Gedenken und Gespräche: AGA Berlin begeht 8. Mai: real in Treptow, virtuell in Wien 22
8. Mai soll Feiertag werden – IG Metall und Zeitzeug*innen unterstützen Forderung des VVN-BdA

Erwerbslos – und plötzlich ist alles anders: Erwerbslosenarbeit der AGA Weser-Elbe unter Corona-Bedingungen 26

Gemeinsam für Respekt und gegen Rassismus: AGA und Ortsjugendausschuss in Bocholt zeigen Flagge 27

Aktiv trotz Corona: AGA Zwickau: „Wir lassen uns nicht von der Krise unterkriegen!“ 28
Organisationswahlen 2020
Auf den Spuren Sächsischer Industriekultur

Auf und Ab in Zeiten der Pandemie: AGA-Arbeit im Bezirk Bayern 30

Zeitreise durch die jüngere deutsche Vergangenheit: AGA Lenneschiene besucht Haus der Geschichte 31

IG Metall: wichtig auch und gerade im Alter: Haltearbeit der AGA in der Region Hamburg 32

Auf der Straße, in der Kirche: AGA Nordhessen: Gemeinsam für Vielfalt – Nein zu Rassismus! 33
Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Orte: AGA trifft sich in der Kirche

AGA-Termine 2021: Seminare für unsere Aktiven 36

CORONA ZEIGT DEN WERT DES SOZIALSTAATS

Zu Jahresbeginn 2020 gab es keinen Zweifel an den großen Herausforderungen unserer Zeit: Der Übergang zu einer ökologischeren Wirtschafts- und Lebensweise muss verstärkt vorangetrieben werden, zugleich müssen wir gegen grassierenden Rassismus und Egoismus mit derselben Leidenschaft ankämpfen wie gegen die steigende Ungleichheit in unserer Gesellschaft und auf der gesamten Welt.

Alle diese Aufgaben bleiben dringlich, und doch wurde das Jahr 2020 beherrscht von der Corona-Pandemie. Schutzmaßnahmen wie Abstand halten und Masken tragen brechen dabei mit unseren lebenslangen Gewohnheiten. Der Austausch in persönlichen Treffen wird durch Telefonate und Videokonferenzen ersetzt.

Auch auf Staat und Wirtschaft hat Corona erhebliche Auswirkungen: Ganze Branchen können auf absehbare Zeit gar nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt arbeiten. Internationale Lieferketten und die gängige Just-in-time-Produktion befinden sich in einem andauernden Stresstest.

Die IG Metall hat sich frühzeitig für eine solidarische Krisenbewältigung eingesetzt. Dabei konnten wir einige wichtige Erfolge erzielen, etwa bei der Kurzarbeit. In den letzten Monaten wurde die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Im Vergleich zu anderen Staaten blieben in Deutschland bislang Millionen Arbeitsplätze erhalten, Rentenzahlungen sind gesichert und auch eine gute Gesundheitsversorgung für jeden Bürger haben wir.

Auf den folgenden Seiten leuchten wir aus, welche Fragen in den einzelnen sozialpolitischen Feldern derzeit diskutiert werden und wie Corona diese Debatten beeinflusst hat. Es zeigt sich dabei einmal mehr: Der Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet!

Unumstritten ist der Sozialstaat deshalb keineswegs. Es gibt einige Wenige, deren Vermögen sie von seinen Leistungen unabhängig macht und die ihn sich darum sparen wollen. Entsprechende Stellungnahmen von Arbeitgeberverband und Gesamtmetall liegen bereits auf dem Tisch. Dagegen wird sich eine breite gesellschaftliche Abwehrfront organisieren müssen. Der Erfolg im Kampf um einen besseren, funktionstüchtigen Sozialstaat wird maßgeblich von der Organisationsmacht der Gewerkschaftsbewegung und unserer Aktionsfähigkeit abhängen.

Bei diesem Kampf sind – ebenso wie viele bisherige Selbstverständlichkeiten im Alltag – klassische Protestformen wie wie etwa große Demonstrationen bis auf weiteres nicht umsetzbar. Ähnlich ergeht es unseren Senioren- und AGA-Ausschüssen, die ihre Treffen und Exkursionen entweder nicht oder nur mit ausgefeiltem Hygienekonzept und limitierter Teilnehmerzahl durchführen können. Über einige ihrer kreativen Versuche, die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit trotz Corona fortzuführen, wird in diesem AGA-Report berichtet.

Ich danke von Herzen allen Aktiven für ihre tolle Arbeit und wünsche Euch allen eine interessante Lektüre!

Herzlichst Euer

Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

SCHWERPUNKT

CORONA UND SOZIALSTAAT

DER SOZIALSTAAT IST MEHR WERT, ALS ER KOSTET

Wir werden ihn gegen seine Kritiker verteidigen müssen

Zwei Dinge dürften feststehen: Der Sozialstaat hat sich in der Corona-Krise für die große Mehrheit der Bevölkerung bewährt. Trotzdem wird er in den kommenden Monaten unter Beschuss geraten.

Unter anderem hat der Sozialstaat seinen besonderen Wert für die Beschäftigten bewiesen – und damit für die organisierte Arbeitnehmerschaft. So wurde auch durch erfolgreichen Druck der IG Metall die Kurzarbeit ausgebaut und damit das Einkommen vieler Tausender Haushalte gesichert. Gute tarifliche und betriebliche Regelungen können dabei sozialstaatliche Rahmenbedingungen im Sinne der Beschäftigten ergänzen, aber nicht ersetzen. Denn hohe, gesetzlich verbriefte Sozialstandards bieten ein verlässliches Fundament für gute Arbeit und soziale Absicherung der Arbeitnehmer*innen. Dies gilt gerade in Krisenzeiten, wenn Unternehmen in Turbulenzen geraten und kollektiver Druck (etwa durch Arbeitskampf) seitens der Beschäftigten wegen der veränderten Rahmenbedingungen schwieriger zu erzeugen ist.

Auf der anderen Seite hat sich bereits Mitte 2020 deutlich gezeigt, dass die Kritiker des Sozialstaats keineswegs von ihren Angriffen lassen werden – auch nicht in Zeiten, in denen sich der Sozialstaat besonders bewährt. Die Arbeitgeberverbände BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und Gesamtmetall haben mit Positionspapieren ihre Agenda eines Sozialabbaus dargelegt. Und sie werden versuchen, entsprechend Einfluss auf öffentliche Meinung und Politik zu gewinnen um unter dem Deckmantel der Pandemie ihre Agenda des sozialen Kahlschlags voranzutreiben.

UNSERE BEWERTUNG DES GESAMTMETALL-PAPIERS „WIEDERHOCHFAHREN UND WIEDERHERSTELLUNG: VORSCHLÄGE FÜR DIE 2. UND 3. PHASE DER CORONA-KRISE“ FINDET IHR IN DER AUSGABE 53 DES SOPO-INFO DER IG METALL (JUNI 2020): **WWW.SOPO-INFO.DE › ARCHIV**

Viele Baustellen bleiben offen

Mit Blick auf die Zukunft bleibt viel zu tun: In den Jahren nach der Finanzkrise 2008 und bis ins Jahr 2020 konnten eine Reihe von Reparaturen am Sozialstaat im Interesse der Beschäftigten durchgesetzt werden. Einige dieser Erfolge wurden maßgeblich auf Betreiben der IG Metall hin erreicht: unter anderem die vorzeitige Rente ohne Abschläge nach 45 Versicherungsjahren, die Grundrente und die Wiederherstellung der Parität in der Finanzierung der Krankenkassen.

Gleichwohl bleiben viele grundlegende sozialpolitische Baustellen weiterhin offen: In der Rentenpolitik wird die IG Metall weiterkämpfen müssen für eine starke gesetzliche Rente – eine Rente, die für alle gilt und die es den Beschäftigten nach einem erfüllten Arbeitsleben ermöglicht, ihren mit 65 Lebensjahren erreichten Lebensstandard in der Rentenphase zu halten. Auch in der Gesundheitspolitik führt für uns kein Weg an einer Bürgerversicherung vorbei, in der alle versichert sind. Ebenso in der Pflegeversicherung, die zu einer Vollversicherung auszubauen ist, damit Pflegefälle nicht mehr zu Armutsfallen für ganze Familien werden. Und in der Arbeitsmarktpolitik wird es darum gehen, mehr Sicherheit in unsicheren Zeiten zu bieten, etwa durch eine Verbesserung des Versicherungsschutzes, die Überwindung des Hartz-IV-Regimes und die Eindämmung prekärer Beschäftigung.

Die oben genannten Verbesserungen der letzten Jahre wurden in einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld

erzielt, in dem die Unternehmen regelmäßig Rekordgewinne erzielten und der Staat Schulden abbaute. Inzwischen sehen wir uns aber einer handfesten Wirtschaftskrise mit notleidenden Branchen und einer enormen Neuverschuldung des Staats ausgesetzt. Die Rahmenbedingungen für weitere Verbesserungen im Sinne der IG Metall sind also nicht einfach. Vorläufig hat die Bundesregierung zwar das Ziel der „schwarzen Null“ aufgegeben. Zu befürchten ist jedoch, dass der Einhaltung von „Haushaltsdisziplin“ perspektivisch wieder Priorität eingeräumt wird. Neben Forderungen nach Einsparungen wird auch die Frage zu beantworten sein, durch wen die „Krisenkosten“ finanziert werden sollen.

Der „schlanke Staat“ ist keine Option

Forderungen nach massiven Einsparungen und einem „schlanken Staat“ müssen zurückgewiesen werden. Einen schwachen Staat, der keine Regeln setzt und der keine sozialen Absicherungen garantiert, kann sich vor allem leisten, wer auf dessen Leistungen nicht angewiesen ist. Die große Mehrheit der Deutschen jedoch ist bereits finanziell überfordert, wenn zugleich eine Autoreparatur ansteht und die Waschmaschine ersetzt werden muss. Und auch weite Teile der überdurchschnittlich Verdienenden könnten sich ohne gesetzlichen Versicherungsschutz Therapien bei schweren Erkrankungen nicht leisten.

Sparen ist auch fernab des Sozialstaats überhaupt keine sinnvolle Option. In Deutschland besteht ein enormer Investitionsstau. Seit vielen Jahren verkommt die öffentliche Infrastruktur, von Brücken und Straßen über Schulen und Universitäten bis hin zu Theatern und Museen. Die Steuern der Unternehmen wurden gesenkt in dem Irrglauben, die Unternehmen würden dieses Geld für Forschung, Innovation, die Qualifizierung ihrer Beschäftigten und die Modernisierung ihrer Produktionsstätten verwenden. Deutsche und europäische Unternehmen drohen nun jedoch im Mobilitätssektor genauso den Anschluss zu verlieren, wie es in großen Teilen der Informationstechnologie bereits geschehen ist. Hier scheinen wirtschaftspolitische Initiativen der öffentlichen Hand genauso notwendig wie bei dem alternativlosen Ziel, die Umwelt besser zu schützen und Ressourcen zu schonen.

Neue, gute Arbeit in Zeiten des Wandels

Wenn ganze Branchen im Umbruch sind, wie es derzeit der Fall ist, verändern sich in großem Maße auch die erforderlichen Qualifikationen der Beschäftigten. Es braucht nicht nur sozialverträgliche Ausstiegsoptionen für ältere Menschen, deren Arbeitsplätze verloren gehen. Mit dem Transformations-Kurzarbeitergeld fordert die IG Metall ein konkretes arbeitsmarktpolitisches Instrument, mit dem Beschäftigungsbrücken in neue, gute Arbeit ermöglicht werden.

Die Finanzierungslast für diese notwendigen europäischen Kraftanstrengungen kann nicht wieder von den Beschäftigten und Rentner*innen allein getragen werden. Gerade in der Corona-Krise bietet sich die Gelegenheit, den Blick zu schärfen für die ungerechte Verteilung des Reichtums. Zum Beispiel übernimmt der Staat im Rahmen der Hilfsmaßnahmen bei tausenden Selbstständigen und Kleinunternehmen, deren Geschäftsmodelle durch Corona vorübergehend nicht funktionieren, die Mietzahlungen für deren geschlossene Restaurants, Clubs und Büros. Das scheint auch eine sinnvolle Maßnahme, um nicht all diese Unternehmungen zu zerstören, die nach der Krise sehr wahrscheinlich wieder gut wirtschaften werden. Ein Nebeneffekt dieser Mietskostenübernahme ist jedoch, dass die Vermieter völlig unbeschadet durch die Krise kommen. Insbesondere die Gewinne der Großvermieter, aber auch die anderer Krisengewinner, müssen schnellstmöglich durch zusätzliche Besteuerung für die Finanzierung der oben skizzierten Aufgaben herangezogen werden.

Kurzum: Die Auseinandersetzungen um einen starken Sozialstaat und seine Finanzierung werden absehbar härter geführt. Ob die Beschäftigten dabei etwas gewinnen können, ist alles andere als gewiss. Sicher ist jedoch, dass sie nur mit starken demokratischen Gewerkschaften erfolgreich sein werden.

GERADE JETZT: GUTE LEISTUNGEN, GERECHT FINANZIERT!

Gesundheitspolitik unter Corona-Bedingungen

Das Jahr 2021 startete für die gesetzlichen Krankenkassen mit vielen finanziellen Unwägbarkeiten. Die Finanzierungslücke, die Ende 2020 für das Jahr 2021 vorhergesagt wurde, betrug rund 16 Milliarden Euro. Gedeckt wird das Loch aus einer Mischung aus höherem Bundeszuschuss, einem Rückgriff auf die Reserven der Kassen und einem erhöhten Zusatzbeitrag. Die Pandemie trifft auf eine schwierige Finanzsituation, einen nach wie vor anhaltenden (und ab 2021 in verändertem Rahmen strukturierten) Wettbewerb der Krankenkassen und auf gesetzliche Auflagen, die die Kassen zum Abschmelzen von Rücklagen zwingen. Hört sich kompliziert an?

Die Lage ist zwar unübersichtlich, aber eines ist klar: Die pandemiebedingten Kosten sind, anders als weitläufig angenommen, nur ein kleiner Posten in dem finanziellen Milliardenminus. Nach wie vor gilt, dass die Corona-Pandemie nur zu geringen Mehrausgaben im Gesundheitssystem geführt hat, weil viele Regeluntersuchungen und Operationen verschoben wurden – was freilich noch zu höheren Kosten in der Zukunft führen kann, etwa weil Krankheiten nicht frühzeitig erkannt wurden. Ein Großteil der Kosten ist auf die Gesetze von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn aus den Jahren 2018 und 2019 zurückzuführen. Diese bringen vor allem Ärzten und weiteren Leistungsanbietern, wie Entwicklern digitaler Gesundheitsanwendungen, Gewinne – was viel Geld kostet, ohne dabei eine bessere Versorgung für die Versicherten zu garantieren.

Christoph Ehlscheid, Bereichsleiter Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall.

Schwachstellen im Rampenlicht

Auch wenn sie nicht hauptverantwortlich für die steigenden Ausgaben im Gesundheitssystem ist, so hat die Corona-Pandemie einige Schwachstellen unseres Gesundheitssystems erneut ins Rampenlicht geführt.

Die 50.000 zusätzlichen Intensivbetten in Krankenhäusern mussten geschaffen werden, da die Kapazitäten für Patienten mit schweren Verläufen sonst nicht ausgereicht hätten. Die Vorhaltung von Intensivbetten ist für Krankenhäuser nicht rentabel. Diese finanzieren sich nämlich über ein sogenanntes Fallpauschalensystem: Geld gibt es

Gesundheitspolitik bei der IG Metall unter Corona-Bedingungen: Die jährliche Tagung für Selbstverwalter*innen in den Krankenkassen fand 2020 digital statt. Das Podium im „Studio“ (von links nach rechts): Lisa Braun (Moderation), Lutz Schaeffler (Geschäftsführer IG Metall Minden), Hans-Jürgen Urban (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall), Ralf Reinstädtler (Geschäftsführer IG Metall Homburg-Saarpfalz)

nur für einen behandelten Fall, für das Vorhalten von Betten und Material fließt kein Geld. Betten und Geräte sind die eine Sache, Personal ist die andere. Der Pflegemangel ist seit langem bekannt; wer im Falle einer kompletten Auslastung der Intensivkapazitäten all die Patienten betreuen soll, bleibt weiterhin unklar.

Die gesetzlichen Krankenversicherung – Retterin in der Not?

Viele pandemiebedingte Ausgaben schulterte das System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) alleine, beispielsweise die erwähnten neuen Intensivbetten in Krankenhäusern. Aber auch die Testungen für Reiserückkehrer*innen an Flughäfen im Sommer 2020, bei denen ebenso Privatversicherte getestet wurden – auf Kosten der gesetzlich Versicherten! Viele weitere Posten, aber auch die Infrastruktur der GKV wurden genutzt, um die Gesundheitsversorgung während der Pandemie aufrecht zu erhalten. Dabei ist Infektionsschutz eigentlich eine Aufgabe der öffentlichen Hand, die aus Steuergeldern zu finanzieren ist.

Für eine Sozialstaatsoffensive – auch in der Gesundheitspolitik

Gut finanzierte Sozialversicherungen sind kein unnötiger Luxus, den man sich einfach leisten möchte, sondern unerlässlich in Notlagen! Der neoliberale Traum möglichst niedriger Sozialversicherungsbeiträge und eines schlanken Sozialstaats entsolidarisiert die Gesellschaft auf Kosten all derer, die nicht über die finanziellen Privilegien verfügen, sich gegen die sozialen Risiken des Lebens privat abzusichern. Den Angriffen aus dem Arbeitgeberlager, die die Rücknahme der Parität und weitere „Entlastungen“ durch mehr private Vorsorge fordern, stellen wir das Bild einer solidarischen Gesundheitspolitik entgegen, das folgende Kernpunkte hat:

- Mehr Verteilungsgerechtigkeit und Neuaufteilung der Tragelasten
- Kein Deckel für die Sozialabgaben
- „Echte Parität“ (keine Zuzahlungen und Eigenanteile)
- Neuer Mix aus Steuern und Abgaben
- Alle rein ins Solidarsystem!
- Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung
- Übernahme aller pflegebedingten Kosten durch die Pflegeversicherung
- Verteidigung der Selbstverwaltung zur Sicherung der sozialen Mitbestimmung

RENTE IST UND BLEIBT EIN TOP-THEMA!

Alterssicherungspolitik in Zeiten der Corona-Pandemie

Wie schnell das ging: Bis zum Lockdown im März 2020 war die Alterssicherung das sozialpolitische Top-Thema, und die Rentenkampagne der IG Metall lief auf Hochtouren. Ab dann dominierte Corona die öffentliche Debatte, und um andere Themen wurde es medial etwas ruhiger – auch um die Rente.

Gleichwohl ist in der Rentenpolitik im Jahr 2020 vielerlei passiert: etwa die Verabschiedung des Grundrentenkompromisses der Großen Koalition, die Abschaffung der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten sowie eine deutliche Anhebung der Renten um 3,4 Prozent im Westen und 4,2 Prozent im Osten. Rentenpolitisch war 2020 – trotz Corona – einiges los! Das ist auch notwendig. Denn die Baustellen auf dem Weg zu einer solidarischen Neuausrichtung der Alterssicherung bestehen weiterhin. Die rentenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung bleiben aber hinter den Herausforderungen zurück.

Bericht der Rentenkommission

Nach fast zweijähriger Beratung hat die Rentenkommission der Bundesregierung am 27. März 2020, also während des ersten Höhepunkts der Corona-Pandemie, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit sind ernüchternd und werden den hohen Erwartungen, die von vielen Seiten an sie gestellt worden sind, nicht gerecht. Bei der zentralen Frage nach der zukünftigen Höhe von Leistungsniveau und Beiträgen konnte sich die Kommission lediglich auf einen groben Korridor verständigen. Das Rentenniveau soll nach 2025 zwischen 44 und 49 Prozent liegen und der Beitragssatz zwischen 20 und 24 Prozent. Die genaue Höhe soll von der Bundesregierung in den nächsten Jahren festgelegt werden. Der zentrale Konflikt um Leistung und Finanzierung der gesetzlichen Rente wurde also lediglich in die Zukunft verschoben.

Dass die IG Metall und andere Einzelgewerkschaften mit den Ergebnissen der Kommission alles andere als zufrieden sind, zeigt auch das Sondervotum von Annelie Buntenbach, die für den DGB als Kommissionmitglied vertreten war. Sie fordert, abweichend von den Empfehlungen der übrigen Kommissionsmitglieder, eine Absenkung unter 48 Prozent zu verhindern und das Rentenniveau perspektivisch wieder auf über 50 Prozent anzuheben. Auch die IG Metall hat ihre klare Haltung zum Leistungsniveau der gesetzlichen Rente auf dem letzten Gewerkschaftstag bekräftigt und fordert eine schrittweise Anhebung auf 53 Prozent.

Wir bleiben dran!

Dabei hat die IG Metall nicht nur auf Bundesebene sondern auch vor Ort die Alterssicherungspolitik in 2020 begleitet. Gerade in den Kreisen der AGA-Aktiven wurden die Entwicklungen diskutiert und Position bezogen (siehe beispielhaft die folgenden beiden Beiträge aus Stuttgart und Berlin). Auch wenn wir nicht alles erreicht haben: Die Erfahrungen bei der Grundrente und der Abschaffung der Doppelverbeitragung zeigen, dass sich der Kampf für eine gerechtere Rentenpolitik lohnt. Es sind kleine Erfolge, die Mut machen, sich auch zukünftig für eine solidarische Strukturreform der Alterssicherung einzusetzen. Und angesichts der Angriffe auf die bestehenden sozialstaatlichen Strukturen seitens Arbeitgeber und neoliberaler Lobbygruppen nimmt die Bedeutung unseres Einsatzes für einen starken Sozialstaat, der den vorhandenen Reichtum zur Bekämpfung von Armut umverteilt, weiter zu.

Die IG Metall wird sich auch im Wahljahr 2021 weiter für einen solidarischen Neuaufbau der Alterssicherung in Deutschland stark machen. Neben einer Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus wird es darum gehen, eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters zu verhindern und stattdessen flexible Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand zu ermöglichen. Die Einführung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung gehört ebenso zu den zentralen rentenpolitischen Forderungen der IG Metall wie eine Neuverteilung der Tragelasten bei der Finanzierung durch eine moderate Beitragsanhebung und der Erhöhung von Steuerzuschüssen.

Die Grundrente ist da – beendet sie die Altersarmut?

Eher nicht, meint die Arbeitsgruppe Soziales der AGA Berlin. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat nach 18 Monaten Diskussion der Bundestag das Gesetz zur Grundrente beschlossen. Damit hat die große Koalition das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst – leider unter verschiedenen Kürzungen des ursprünglichen Entwurfs.

Einige Voraussetzungen für die Grundrente:

- 35 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV). Ab 33 Beitragsjahre gilt eine Gleitsregelung, die sich auf die Höhe der Grundrente auswirkt.
- Vor dem Erhalt der Leistung erfolgt eine automatische Einkommensprüfung. Zum Einkommen zählen die Rente und weitere Einkommen (z. B. Kapitalerträge)
- Freibeträge für Wohngeld sollen verhindern, dass die Erhöhung der Rente zur Minderung des Wohngeldes führen.
- Die maximale Erhöhung der Rente liegt bei circa 404 Euro brutto im Monat, der Durchschnitt soll nach Schätzungen bei circa 83 Euro brutto im Monat liegen. Die Details zur Ermittlung der Erhöhungen sind den einschlägigen Bestimmungen zu entnehmen.

Die volle Grundrente gibt es bis zu einem Betrag von 1.250 Euro bei Alleinstehenden und bei Paaren bis 1.950 Euro. Liegt das Einkommen über diesen Werten, wird die Grundrente gemindert. In Anlehnung an die Erfahrungen aus dem Umgang mit Bedarfsgemeinschaften im SGB II (Hartz IV) gibt es gesonderte Regelungen für Paare; sie werden beim Einkommen gemeinsam betrachtet.

Von dem Grundgedanken des ursprünglichen Referentenentwurfs, der eine Aufstockung ohne Einkommensprüfung vorgesehen hatte, haben sich die Koalitionspartner somit weit entfernt. Die voraussichtliche Anzahl von Grundrentenbezieher*innen hat sich dadurch von rund 3 Millionen auf etwa 1,2 Millionen mehr als halbiert.

Man kann die Festlegungen zur Grundrente nicht ohne einen Seitenblick auf die angekündigte Entwicklung des Mindestlohns betrachten. Vorgesehen ist, den Mindestlohn ab 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro in Halbjahresstufen anzuheben (ab 1. Januar 2021 auf 9,50 Euro; ab 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro und ab 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro pro Stunde). Dazu sollte man wissen, dass zurzeit ein Stundenlohn von 12,61 Euro erforderlich ist, um mit dem Monatseinkommen eines Vollzeitbeschäftigten nach 45 Versicherungsjahren über der Armutsschwelle (60 Prozent des mittleren Einkommens) zu liegen.

Altersarmut wird so nicht verhindert

Für viele Rentner*innen wird eine Aufstockung ihrer Niedrigrenten also auch in Zukunft notwendig sein, um sie vor Altersarmut zu schützen. Die Grundrente ist immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung – zumindest für diejenigen, die von ihr profitieren. Um Altersarmut flächendeckend zu verhindern, braucht es jedoch weitergehender Reformen. Hierfür müssen wir Metaller*innen uns auch in Zukunft stark machen.

AG Soziales, AGA der IG Metall Berlin

Der Vorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, stellte sich auf einer Sondersitzung den Forderungen und Fragen des Seniorenausschusses.

Erfolgreich gegen die Doppelverbeitragung von Betriebsrenten

Seit 2004 bezahlen Betriebsrentner*innen den vollen Beitragssatz für die Kranken- und Pflegeversicherung, also den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer*innenanteil – deshalb Doppelverbeitragung. Für eine Betriebsrente von 400 Euro waren von 2004 bis 2019 somit rund 6000 Euro zusätzliche Abzüge zu verkraften (privat Krankenversicherte ausgenommen).

Die Doppelverbeitragung wurde eingeführt, um den Krankenkassen zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Dies betraf auch zahlreiche Direktversicherte – obwohl sich viele für diese Art der Altersvorsorge unter der Rahmenbedingung entschieden hatten, später keine Sozialversicherungen für dieses angesparte Geld zahlen zu müssen. Bei Abschluss der Vorsorgeverträge hatten sie darauf vertraut, dass diese Rahmenbedingungen unverändert bleiben. Doch dieses Vertrauen sei nicht geschützt, erklärten Deutschlands höchste Gerichte den Betroffenen – darunter auch tausende IG Metall-Mitglieder, die sich mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz gegen die Doppelverbeitragung zur Wehr setzten.

Die Arbeitgeber blieben jedoch vorerst von der Parität befreit. Der Unmut unter den Betroffenen war groß. Jahrelang rumorte es. Auch der Gewerkschaftstag sprach sich für die Abschaffung der Doppelverbeitragung aus.

Vom Schimpfen zur Gegenwehr lokal und national

Als Seniorenausschuss der IG Metall Stuttgart haben wir uns seit Jahren für die Abschaffung der Doppelverbeitragung eingesetzt. Um politischen Druck zu erzeugen, wandten wir uns in einem Brief direkt an die Stuttgarter Bundestagsabgeordneten aller demokratischen Parteien und forderten sie auf, unseren Kampf gegen die Doppelverbeitragung zu unterstützen.

Erfreulicherweise reagierten die meisten prompt und ausführlich auf unsere Briefe. Der Vorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, stellte sich außerdem auf einer Sondersitzung des Senior*innenausschusses unseren Forderungen und Fragen (siehe Foto). Wir brachten das Thema auch immer wieder auf verschiedenen bundesweiten Veranstaltungen zur Sprache. Nicht nur innerhalb der IG Metall war der Stuttgarter Senior*innenausschusses mit bei den Aktivsten für eine Abschaffung der Doppelverbeitragung.

Kompromisslösung zu Weihnachten

Vor Weihnachten 2019 kam dann endlich der Durchbruch: Im Zusammenhang mit der Grundrente wurde auch ein Kompromiss bei der Doppelverbeitragung erzielt – obwohl nicht im Koalitionsvertrag erwähnt! Es bleibt aber ein Wermutstropfen, denn es erfolgt keine Rückzahlung der jahrelang bezahlten doppelten Beiträge.

Der Kompromiss sieht zwar keine vollständige Rücknahme der Doppelverbeitragung vor, aber immerhin gilt nun ein Freibetrag von derzeit 159,25 Euro. Das heißt, dass bis zu diesem Betrag keine Krankenversicherungsbeiträge anfallen. Jeder Euro Betriebsrente, der diesen Freibetrag übersteigt, wird hingegen weiterhin voll verbeitragt. In der Folge ergibt sich, dass bis zu einer Betriebsrente von 318,50 Euro (das Doppelte des Freibetrags) de facto maximal der halbe Beitragssatz zu zahlen ist. Das ergibt bei ca. 15 Prozent Krankenversicherungsbeitrag eine Ersparnis von bis zu 290 Euro im Jahr. Immerhin profitieren ungefähr 60 Prozent der Betriebsrentner*innen voll von dieser Regelung, die anderen zumindest anteilig. Das neue Gesetz gilt seit Januar 2020.

Unser Resümee

Es hat sich wieder einmal bewiesen, dass auch gegen starke Widerstände Verbesserungen erreichbar sind, wenn eine Strömung nur stark genug ist. Wir freuen uns, dass wir als Senior*innenausschusses der IG Metall Stuttgart dazu einen kleinen Beitrag leisten konnten!

Senior*innenausschusses der IG Metall Stuttgart

BESCHÄFTIGUNG SICHERN, VERÄNDERUNG UNTERSTÜTZEN

Arbeitsmarktpolitik in Zeiten von Corona-Pandemie und Transformation

Der Arbeitsmarkt befindet sich bereits seit längerem in einer Umbruchsituation: Nach Jahren der positiven Arbeitsmarktberichterstattung waren schon vor der Corona-Krise Eintrübungen am Arbeitsmarkt in verschiedener Weise sichtbar.

Bereits im vierten Quartal 2019 hatte sich die Wirtschaftsdynamik und auch der Beschäftigungszuwachs am Arbeitsmarkt deutlich abgeschwächt. Hinzu kam, dass die ersten Auswirkungen der Transformation der Arbeitswelt sichtbar wurden – insbesondere in den Branchen der IG Metall. Und das Ganze bei einem Arbeitsmarkt, der – trotz aller Jubelberichte – seit Langem grundlegende Probleme aufweist. Hierzu gehören die Ausbreitung atypischer und oftmals auch prekärer Beschäftigung, die zunehmende Spaltung am Arbeitsmarkt, die geringen Perspektiven für Langzeitarbeitslose oder auch die unzureichende soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Diese Lage hat sich durch die Pandemie massiv verschärft und die Arbeitsmarktpolitik erheblich gefordert.

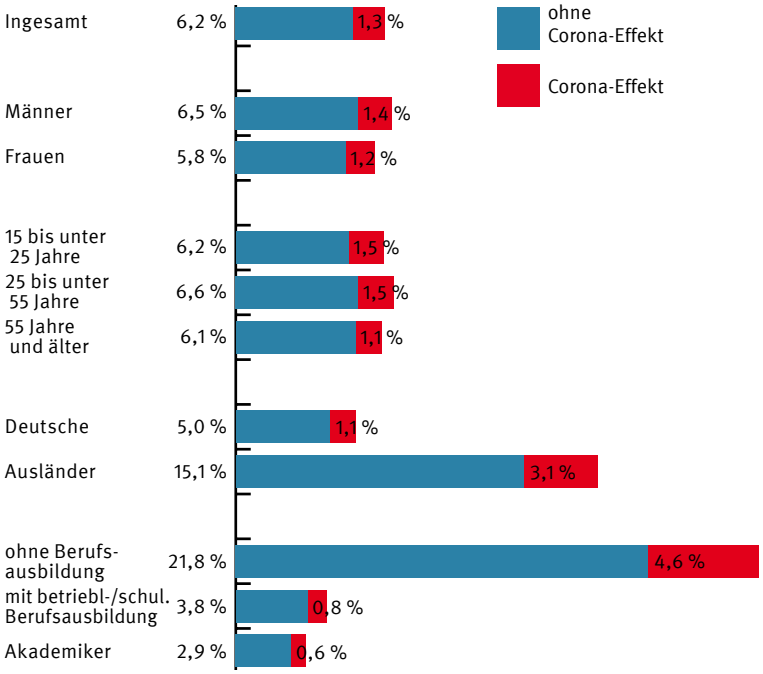
Fokus Beschäftigungssicherung

Mit Ausbruch der Corona-Pandemie brach die Wirtschaft in kürzester Zeit beträchtlich ein, was den Arbeitsmarkt seither unter Druck setzt. Dabei trifft die Pandemie die Regionen und einzelnen Branchen durchaus unterschiedlich (und es gibt auch „Corona-Gewinner“), aber ein Großteil der Branchen ist erheblich betroffen. Damit einher geht eine Verschiebung des Schwerpunkts der Arbeitsmarktpolitik. Waren Anfang 2020 noch Themen wie Langzeitarbeitslosigkeit, Fachkräftesicherung und Flankierung der Transformation zentral, ist seit März die Sicherung von Beschäftigung im absoluten Fokus.

Wie in der Krise 2008/2009 kommt Kurzarbeit massiv zum Einsatz, und es werden Sonderregelungen zur erleichterten Nutzung von Kurzarbeit in Kraft gesetzt. Dies geht auch mit auf das Engagement der IG Metall zurück, deren Branchen in weiten Teilen stark betroffen sind. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit liegt dabei weit über den Werten der Jahre 2008/2009. Zur Hochzeit der ersten Welle – im April/Mai 2020 – waren um die sechs Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Nach dem Gastgewerbe ist das verarbeitende Gewerbe der Wirtschaftszweig, der Kurzarbeit am stärksten in Anspruch nimmt. Erneut trägt der massive Einsatz von Kurzarbeit dazu bei, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern. Die Arbeitsmarktpolitik stellt damit ein weiteres Mal ihre Bedeutung und Funktionsfähigkeit als Stabilisator in Krisenzeiten unter Beweis.

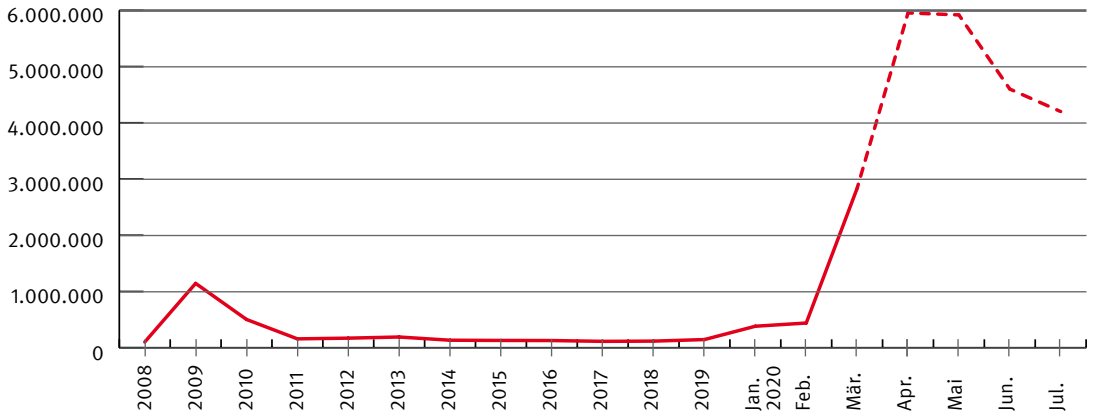
Arbeitslosenquote nach Personengruppen und Corona-Effekt

Deutschland, September 2020



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeit steigt 2020 auf Rekordniveau: Anzahl der Personen, die Kurzarbeit in Anspruch genommen haben



Hinweis:
Zu Redaktionsschluss des AGA-Reports lagen endgültige Daten zur Kurzarbeit bis März 2020 vor sowie Hochrechnungen für die Monate bis Juli 2020.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand Oktober 2020

Tiefe Furchen

Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle Krise tiefe Furchen durch den Arbeitsmarkt zieht. Probleme wie die Ausweitung atypischer und prekärer Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit blieben in den vergangenen Monaten weitgehend unbearbeitet und verschärfen sich im Zuge der Corona-Pandemie eher. Hinzu kommt der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Angesichts des immensen Schocks und der erfolgreichen Beschäftigungssicherung, ist dieser mit 440.000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2020 zwar vergleichsweise moderat, aber gleichwohl ernst. Und nicht zuletzt spitzen sich in den vergangenen Monaten die arbeitsmarktpolitischen Fragen zur Bewältigung der Transformation zu – allem voran, wie es gelingt, Beschäftigten neue Perspektiven zu bieten, statt sie, wie seitens vieler Unternehmen angekündigt, in Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Kurzum: Nach der Phase der Stabilisierung ist es dringend geboten, den Fokus wieder zu weiten und Themen wie die Flankierung der Transformation und Fragen der sozialen Sicherheit wieder verstärkt in Angriff zu nehmen.

Zukunftsaufgaben und Verteilungsfragen

Erste Schritte in diese Richtung sind gemacht: So hat die Bundesregierung eine Verlängerung der Sonderregelungen zur Kurzarbeit für 2021 auf den Weg gebracht und dabei unter anderem die finanziellen Anreize verstärkt, Kurzarbeit mit Qualifizierung zu verbinden. Neben dem Ziel der Stabilisierung von Beschäftigung wird die Kurzarbeit damit stärker auf das Ziel ausgerichtet, die Transformation der Arbeit zu flankieren. Hierfür hatte sich gerade auch die IG Metall stark gemacht und die Verlängerung entsprechend begrüßt. Allerdings sehen wir mit Blick auf die konkreten Regelungen Nachbesserungsbedarf. Etwa beziehen die jetzigen Regelungen lediglich bestimmte Qualifizierungen mit ein. Insbesondere „höherwertige Qualifizierungen“, die im Zuge der Transformation eine besondere Relevanz haben, bleiben dagegen außen vor. Zudem sind die Verfahren vergleichsweise komplex und müssten praxistauglicher gestaltet werden.

Eine deutlich offenere Flanke besteht mit Blick auf eine zukunftsfeste Gestaltung sozialer Sicherheit. Seit längerem zeigen die Daten, dass diese unzureichend ist. Lediglich ein Drittel aller Arbeitslosen erhält Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel befinden sich im Hartz IV-System. Angesichts der coronabedingt gestiegenen Arbeitslosigkeit und davon ausgehend, dass es im Zuge der Transformation trotz aller Anstrengungen wohl nicht gelingen wird, allen Beschäftigten unmittelbare Perspektiven zu bieten, wird dieses Thema immer virulenter. Nötiger denn je ist daher eine bessere Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung, die wieder zum zentralen Schutzsystem bei Arbeitslosigkeit werden muss, um ein Abrutschen in Hartz IV einzudämmen. Kernforderungen der IG Metall sind eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate und ein erleichterter Zugang zum Arbeitslosengeld. Zudem muss das Hartz IV-System zugunsten einer solidarischen Grundsicherung überwunden werden.

Mit all dem verbunden ist die Frage der Finanzierung. Die Milliarden-Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit sind in den vergangenen Monaten wie Schnee in der Sonne geschmolzen, die öffentliche Hand hat sich in hohem Maße verschuldet und die Frage ist einmal mehr: Wer zahlt für die Krise? Die Gefahr eines Rückfalls in eine radikalisierte Austeritätspolitik besteht. Hier werden wir uns gewerkschaftlich auf harte Verteilungskonflikte einstellen müssen – allgemein aber auch in der Arbeitsmarktpolitik. Leitlinie der IG Metall bleibt es, die Weichen so zu stellen, dass gute Arbeit, Sicherheit und Perspektiven für alle erreicht werden – solidarisch finanziert!

DIE KALTE SEITE DES SOZIALSTAATS: HARTZ IV

Der Hartz IV-Regelsatz wird weiterhin kleingerechnet.

Das Hartz IV-System wird seit Jahren von Gewerkschaften und Sozialverbänden als unzureichend und zu einseitig auf das „Fordern“ ausgerichtet kritisiert. Durch seine strenge Bedürftigkeitsprüfung, das strikte Sanktionsregime und die zu knapp bemessenen Regelsätze ist es nicht nur ein Problem für die, die darauf angewiesen sind – sondern auch eine Bedrohung für die Beschäftigten.

Die Angst vor dem Absturz auf Hartz IV hat sich bis weit in die Mittelschicht hineingefressen. Hartz IV übt Druck auf Beschäftigte und Standards am Arbeitsmarkt aus und hat ein gesellschaftliches Klima der Verunsicherung entstehen lassen.

Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem

Das Modell des „Förderns“ und „Forderns“ nimmt bereits begrifflich nur den einzelnen, von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in den Blick. Als könne es nur an ihm liegen, dass er keiner Beschäftigung nachgeht. In dieser Logik muss er zwar gefördert werden, vor allem aber werden von ihm Eigenbemühungen gefordert. Im Zweifel wird auch die Aufnahme irgendeiner Beschäftigung zu schlechten Arbeitsbedingungen gefordert und eine Weigerung sanktioniert.

Falsch ist dabei nicht nur, dass Arbeitssuchende unter Androhung von Sanktionen immer wieder in schlechte Arbeitsverhältnisse „vermittelt“ werden. Falsch ist dieses System auch, weil es eine große Anzahl von Gründen gibt, warum Menschen keinen Arbeitsplatz finden, die mit dem gängigen Instrumentarium des Förderns und Forderns nicht in den Blick genommen werden. Insbesondere ältere Arbeitssuchende leiden oftmals unter körperlichen, psychischen oder psychosozialen Einschränkungen, mit denen sie auf dem freien Arbeitsmarkt chancenlos sind. Häufig sind auch in den Regionen, in denen die Arbeitssuchenden gebunden sind, keine passenden Arbeitsplätze verfügbar.

Regelverstöße meist ungewollt

Sanktionen werden verhängt, um Betroffene zur Einhaltung der Regeln anzuhalten. Viele Arbeitssuchende jedoch verletzen die vom Jobcenter aufgestellten Regeln nicht mutwillig. Tausende Betroffene sind der (Behörden-) Sprache nicht mächtig. Und viele werden durch die anhaltende Arbeitslosigkeit aus der Bahn geworfen. Sie verlieren den Kontakt zu ehemaligen Arbeitskollegen, isolieren sich aus Scham und wegen Minderwertigkeitskomplexen. Existenzängste lähmen. Frühere Selbstverständlichkeiten wie das Öffnen von Briefen oder die Wahrnehmung von Terminen erfordern bei manchen Betroffenen enorme Anstrengungen, zu denen sie über Wochen nicht in der Lage sind.

In all diesen Fällen wäre nötig, auf die Menschen und ihre Problemlage individuell einzugehen. Sanktionen können hier kaum eine Anreizwirkung erzielen. Dennoch wird regelmäßig bereits beim kleinsten Fehler das Arbeitslosengeld II um zehn Prozent, bei weiteren oder schwereren Regelverstößen bis zu 30 Prozent gekürzt. Und bereits die geringste Kürzung setzt den Hilfebedürftigen unter das Existenzminimum.

Der Hart IV-Regelsatz betrifft viele

Denn der Regelsatz von Hartz IV ist niedrig bemessen und wird es vorerst auch bleiben. In der Öffentlichkeit wird der Regelbedarf meist als Thema von Langzeitarbeitslosen wahrgenommen. Unmittelbar betroffen sind aber über acht Prozent der Bevölkerung: 5,35 Millionen Arbeitssuchende nach SGB II, 1,01 Millionen Grundsicherungsbezieher*innen im Alter und bei Erwerbsminderung, 370.159 Sozialhilfebezieher*innen und 411.211 Asylbewerber*innen. Der Regelsatz ist als Pfändungsfreigrenze auch für die 6,9 Millionen Menschen relevant, die in Deutschland offiziell verschuldet sind. Und nicht zuletzt ist er für alle Beschäftigten von Bedeutung. Denn der Hartz IV-Regelsatz markiert das Maß des möglichen sozialen Abstiegs

bei Arbeitsplatzverlust. Je niedriger der Satz, desto größer die Angst davor. Und je größer die Angst vor Hartz IV, umso größer ist bei vielen die Bereitschaft, schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Entgelte zu akzeptieren.

Berechnungsmethode kritikwürdig

Die Regelsatzhöhe hat somit eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung. Es verwundert daher nicht, dass darüber viele politische und juristische Auseinandersetzungen bis hin zum Bundesverfassungsgericht geführt wurden und werden. Verfassungswidrige Berechnungen mussten berichtigt und der Regelsatz daraufhin erhöht werden. Die Berechnungsgrundlagen bleiben jedoch weiterhin kritisch.

Die Höhe der monatlichen Regelsätze wird alle fünf Jahre anhand einer Einkommens- und Verbrauchsstatistik neu berechnet, zuletzt 2020. Zum 1. Januar 2021 will die Bundesregierung die Regelsätze geringfügig erhöhen. Für Alleinstehende beispielsweise um 14 Euro im Monat – das sind sage und schreibe 47 Cent je Tag. Eine so geringe Erhöhung des Existenzminimums kommt deshalb zustande, weil systematisch beispielsweise die Kosten für den Stromverbrauch, die Neuanschaffung eines Kühlschranks und die Mobilität unterschätzt werden.

Bei der Berechnung wird ein Bedarf ermittelt, der das Existenzminimum und eine Teilhabe am soziokulturellen Leben sicherstellen soll. Grundlage dafür ist eine Sonderauswertung der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Konsumausgaben. Berücksichtigt werden lediglich 15 Prozent der Alleinstehenden-Haushalte und 20 Prozent der Paar-Haushalte mit den jeweils niedrigsten Einkommen. Erhoben wird jedoch nicht der Bedarf dieser Haushalte, sondern das, was sie für Ernährung, Freizeitaktivitäten etc. tatsächlich ausgeben können.

Unberücksichtigt bleiben damit sämtliche Bedarfe die vorhanden sind, von den erfassten Haushalten aus Finanznot jedoch nicht gedeckt werden können. Diese Schieflage wird dadurch verstärkt, dass sogenannte „verdeckte Armut“ unberücksichtigt bleibt. Dies bedeutet, dass auch Haushalte zur Grundlage der Bedarfsermittlung herangezogen werden, deren Einkommen unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen. Das Arbeits- und Sozialministerium argumentiert, dass sich die „verdeckte Armut“ nicht erfassen lasse und daher diese Haushalte nicht fehlerfrei herausgerechnet werden könnten. Das überzeugt nicht. Verdeckte Armut könnte zumindest näherungsweise berücksichtigt werden – anstatt sie zulasten der Betroffenen zu ignorieren.

Nichtberücksichtigung von Ausgaben

Einige Ausgaben der ausgewerteten Haushalte werden außerdem herausgerechnet, weil sie für den Regelsatz als nicht relevant bewertet werden. Nachvollziehbar ist dies etwa bei den Rundfunk-Gebühren, von denen Leistungsbezieher befreit sind. Aber auch eine Reihe anderer Ausgaben, z. B. für Gastronomie, einen Weihnachtsbaum, für Haustierfutter oder Malstifte bei Kindern, berücksichtigt die Regierung nicht oder nicht vollständig. Dies ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen sollte jeder Mensch zumindest einmal im Jahr ein Eis essen oder mit dem Kind ins Kino gehen können. Zum anderen verzichten vermutlich auch viele Haushalte mit sehr niedrigen Einkommen nicht völlig auf diese als Luxusartikel beurteilten Dinge, selbst wenn dann nicht genug Geld bleibt für gesunde Ernährung oder neue Kleidung. Die Herausrechnung führt so faktisch zu Einschnitten in das Existenzminimum, denn im Ergebnis haben die Leistungsbeziehenden weder für „Luxus“ noch für gesunde Ernährung Geld.

Ansparen trotz Mangel nötig...

Für langlebige Konsumgüter wie Metallwaren und Elektroartikel wird ein monatlicher Bruchteil von rund 1,64 Euro veranschlagt. Eine günstige Waschmaschine kann bei eisernen Sparanstrengungen also nach gut 13 Jahren angeschafft werden, für eine billigen Toaster oder eine Kaffeemaschine muss jeweils ein weiteres Jahr gespart werden.

...auch auf Kosten der Kinder

Für den gesamten Hygienebedarf von Babys und Kleinkindern werden 7,86 Euro monatlich zugestanden. Der Betrag ist mit preisgünstigen Windeln bereits nach einem halben Monat aufgebraucht – hier stinkt der gesetzlich verordnete Mangel im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Niemand, der Kinder hat, kann nachvollziehen, warum die notwendigen Ausgaben für ein Vorschulkind um 33 Euro und für Jugendliche ab 14 Jahren um 45 Euro gestiegen, die Kosten für ein Kind ab sechs Jahren aber nahezu unverändert geblieben sein sollen. Diese unerklärlichen Unterschiede weisen auf die Problematik der statistischen Grundlage hin: weil viel zu wenig Fälle betrachtet werden, schlagen hier Zufälle durch, die nicht aussagekräftig sind.

Wir bleiben dran!

Die IG Metall und die anderen DGB-Gewerkschaften stehen weiterhin an der Seite der betroffenen arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

„AufRecht bestehen“ – bundesweiter Aktionstag

Gewerkschaftlich organisierte Erwerbslose fordern zusammen mit unabhängigen Erwerbslosengruppen und unterstützt durch Gewerkschaftssekretär*innen deutlich höhere Regelsätze ein. Zu einem bundesweiten Aktionstag am 30. und 31. Oktober 2020 hatte das Bündnis „AufRecht bestehen“ aufgerufen, an dem auch die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS) beteiligt ist.

Das Bündnis „AufRecht bestehen“ fordert 100 Euro als sofortigen Corona-Zuschlag – etwa um Mehrbelastungen wie die Anschaffung von Masken und Desinfektionsmittel sowie stark steigende Preise bei Obst oder das Wegbrechen kostengünstiger Angebote, wie beispielsweise das Mittagessen an Schulen und Kindertagesstätten, ausgleichen zu können. „AufRecht bestehen“ fordert auch, dass sich die Bemessung der Regelsätze grundsätzlich deutlich erhöhen muss, damit sie zum Leben reichen. Willkürliche Streichungen bei verschiedenen Bedarfspositionen soll es in Zukunft nicht mehr geben.

Die Erwerbslosen wollen eine durch statistische Tricksereien hervorgerufene wachsende Armut und Ausgrenzung nicht mehr hinnehmen. Viele prekär Beschäftigte würden ebenfalls profieren, wenn sie ihr Niedrigeinkommen durch bessere Hartz IV-Leistungen aufstocken können, so dass das Geld endlich wieder für ein auskömmliches Leben reicht.

Erwerbslose und Aufstocker*innen haben darum in verschiedenen thüringischen Städten und in Berlin Informationsveranstaltungen durchgeführt und Unterschriften gesammelt. Die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises „Arbeitslos, nicht wehrlos“ der IG Metall aus Wolfsburg haben zudem mit Unterstützung zweier IG Metall-Geschäftsführer ausführliche Presse- und Radioberichte angestoßen und 1000 Flugblätter in Briefkästen verteilt. Auch z. B. aus Dortmund, Bonn, Mainz, Heidelberg, Stuttgart und Nürnberg haben uns Berichte über gute Resonanz an Infoständen, bei Versammlungen und beim Flugblattverteilen erreicht.

Endgültig entschieden wird über das diesjährige Regelsatzbemessungsgesetz voraussichtlich noch im November dieses Jahres. Bisher zeigt die Bundesregierung nicht viel Bereitschaft zum Entgegenkommen. Umso wichtiger ist es, dass wir auch in Zukunft am Ball bleiben und unseren Protest gegen die viel zu geringe Höhe der Regelsätze weiter auf die Straße tragen – die nächsten Wahlen zum Bundestag finden schon 2021 statt!

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.

Um die erfolgreiche Arbeit der KOS abzusichern, brauchen wir neue Fördermitglieder! Weitere Informationen: www.erwerbslos.de

HIER ENTSTEHT EIN NEU
BÜRO- UND GESCHÄFTSH
SYSTEM
Neo-Liberalismus
Privatisierung
Erd-erwärmung
Krieg
Steuerflucht
RELEVANT!
mehr Lohn
Solidarität
Arbeitszeit-verkürzung
Anerkennung
Frieden

AGA VOR ORT

BERLIN ERLEBT „ANDEREN“ MAIFEIERTAG

AGA Berlin: Ein 1. Mai wie niemals zuvor …

Seit ich in der Gewerkschaft bin – also seit 1982 – habe ich noch keine 1. Mai-Demo verpasst. Als ich einmal außerhalb Berlins war, habe ich sogar selbst eine Demo angemeldet: 13 Teilnehmende in Bilstein (Lennestadt), was die Einheimischen damals eher belustigte.

Und nun das: Keine Demo am 1. Mai! Zum Glück gibt es kreative Menschen bei den Gewerkschaften, und so waren die Alternativen zahlreich:

- Reden und Musik: diesmal im Internet statt auf der Bühne
- ein Bratwurst-Wettbewerb mit Kurz-Videos: Wo gibt es die beste Bratwurst?
- ein Chor: Jeder singt für sich alleine und nimmt es auf, dann wird alles gemischt.
- vor Ort: Mit Kreide die Gehwege verschönern, mit gewerkschaftlichen Sprüchen und Hinweisen auf den 1. Mai. So waren zum Beispiel in Mitte vier Teams unterwegs – habt ihr besprühte Gehsteige gesehen?

Hervorgetan mit viel Fantasie hat sich insbesondere der DGB-Kreisverband Berlin-Neukölln – tolle Ideen, danke!

Manuela Wegener

… in Zeiten von Corona

Ein 1. Mai in einer Zeit, in der die Schieflage der Welt durch Corona drastisch zunimmt, wie konnte das gehen? Unser Protest gegen ein „Weiter so“ und der Infektionsschutz mussten miteinander vereinbart werden.

Die Sprüh-Kiezspaziergänge des DGB-Kreisverbands Berlin-Mitte kamen meiner Frau und mir da gerade recht. Unter unseren Homeschooling-Bedingungen passten die Mottos „Solidarisch ist man nicht alleine“ und „You'll never work alone“ bestens und „Systemrelevant: Tarifvertrag“ sowieso.

Weitere Höhepunkte des 1. Mai 2020 in Berlin waren für mich die vier Versammlungen und Kundgebungen unter Infektionsschutz-Bedingungen des IG Metall-Arbeitskreises Internationalismus: endlich mal wieder gefühlt gemeinsam unterwegs! Und auf dem Weg zurück in meinen Kiez habe ich erfreulich viele politische 1. Mai-Aktivitäten gesehen. Also, es geht etwas! Aber wir müssen uns wohl trotz der durch Corona erschwerten Bedingungen wiedersehen und beraten. Ich vermute, wir werden vermehrt auch noch vor dem 1. Mai 2021 für unsere gewerkschaftlichen Interessen auf die Straße gehen müssen!

Hartmut Meyer

ES GEHT NICHT UM DAS „OB“, SONDERN UM DAS „WIE“!

Seminar zum Klima- und Umweltschutz bei der AGA Siegen

„Zukunft von Klima- und Umweltschutz aus Sicht der IG Metall“ war das Thema eines zweitägigen Seminars, das der AGA-Ausschuss NRW im Februar 2020 für Aktive in Recklinghausen durchführte.

Referent war Manuel Bloemers vom sogenannten Stahlbüro der IG Metall in Düsseldorf, das sich um energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie, die Aluminiumindustrie, Gießereien und Schmieden kümmert. Die moderne Industrie und Umweltschutz in Einklang zu bringen, ist dort ein wichtiges Anliegen.

Manual stellte zunächst die Problematik der Transformation sowie die Inhalte des Pariser Klimaschutzabkommens und des Klimaschutzprogramms der Bundesregierung dar. Die Teilnehmenden diskutierten, welche Auswirkungen die zu erwartenden Veränderungen für die Gesellschaft und für jede*n persönlich haben werden.

Das Seminar war sehr informativ und vermittelte den Teilnehmenden viel Hintergrundwissen. Zunächst wurden die Handlungsfelder Energieversorgung, Mobilität und energieintensive Industrie beleuchtet und anschließend folgende Thesen diskutiert:

1. Die Klimaziele können mit den heute bereits bekannten Technologien und erreichbaren Innovationen umgesetzt werden.
2. Bei der politischen Umsetzung ist mehr Verbindlichkeit erforderlich.
3. Der Klimaschutz kostet, ist aber bezahlbar.
4. Die Verteilung der Kosten ist entscheidend für die soziale Akzeptanz.
5. Es müssen Zukunftsperspektiven für Beschäftigung entwickelt werden.

Den Teilnehmenden wurde klar: Um den Klimawandel zu bremsen, muss der CO2-Ausstoß deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig soll der Lebensstandard eines entwickelten Industrielandes erhalten bleiben. Schlüsselindustrien und damit Millionen von Beschäftigten stehen grundlegende Veränderungen in der Produktionsweise bevor. Diese werden zu neuen Strukturen in den Wertschöpfungsketten führen. Neben den Klimazielen geht es also auch um hunderttausende Jobs. Damit die Interessen der Arbeitnehmer*innen nicht „unter die Räder“ geraten, will die IG Metall die Transformation mitgestalten und dabei Unternehmen und Politik in die Pflicht nehmen.

Nach Meinung der Teilnehmenden geht die Klimapolitik der Bundesregierung und der EU zwar in die richtige Richtung. Allerdings sind die Pläne noch zu zaghaft und sozial unausgewogen.

Die beiden Seminartage reichten nicht aus, um alle Fragen der Teilnehmenden abschließend behandeln zu können. Deshalb sprachen sie sich dafür aus, dass ein weiteres Seminar mit dem Thema Klima- und Umweltschutz durchgeführt werden sollte.

AGA-WHATSAPP-GRUPPE GEGRÜNDET

AGA Märkischer Kreis stellt Informationsaustausch sicher

Der AGA-Ausschuss im Märkischen Kreis beschloss auf seiner Klausurtagung die Gründung einer eigenen WhatsApp-Gruppe. Man will damit ohne Präsenz-Sitzungen einen schnellen Austausch von Informationen untereinander gewährleisten.

Adem Bulut, zuständiger AGA-Gewerkschaftssekretär im Märkischen Kreis: „Auch wenn noch nicht alle Mitglieder ein Smartphone oder Tablet haben, können wir gut im Kontakt bleiben, denn der Messenger-Dienst funktioniert auch vom PC oder Notebook aus.“

Weiterhin will man bei dem Internet- und Facebook-Auftritt der Geschäftsstelle regelmäßig mit eigenen Beiträgen vertreten sein, um somit die AGA-Arbeit vor Ort sichtbar zu machen. Klaus Schwabe, Sprecher der AGA-MK: „Deutlich wollen wir zeigen, was wir politisch, gewerkschaftlich und sozial gemeinsam erreichen können.“

Wenn persönliche Treffen bei Veranstaltungen und Aktionen nicht möglich sind, kommt der klassischen Zeitung oder dem altbekannten Newsletter eine besonders große Bedeutung zu – vor allem dort, wo nicht alle über Internet oder Smartphone erreichbar sind. Viele Geschäftsstellen von Nord bis Süd informieren ihre AGA-Mitglieder regelmäßig über eigene Publikationen; hier einige Beispiele.

STAMMTISCH Journal
Info-Blatt IGM-Seniorenarbeitskreis Neumünster
September 2020
Gedenken zum 75. Jahrestag des Atombombenabwurf auf Hiroshima auch in Neumünster

NACHARBEIT
„Sozial, Ökologisch, Gerecht.“

SENIOREN-ECHO
Kinderarmut – mitten unter uns
Kinderarmut in Deutschland

AKTIV in Corona-Zeiten
AKTIV in Corona-Zeiten

TAG DER BEFREIUNG – GEDENKEN UND GESPRÄCHE

AGA Berlin begeht 8. Mai: real in Treptow, virtuell in Wien

Eigentlich hatten wir für den 8. Mai 2020 zum 75. Jahrestag der Befreiung geplant, wie in den Vorjahren in Wien auf dem Heldenplatz am „Fest der Freude“ teilzunehmen. Es war alles vorbereitet, und unsere österreichischen Freund*innen und Kolleg*innen freuten sich genauso wie wir.

Doch: Es kam alles ganz anders. Die Grenzen dicht, Veranstaltungen abgesagt – Corona hatte uns im Griff! Natürlich hatten wir gehofft, dass es vielleicht doch noch etwas wird, aber die Grenzen blieben zu. Dennoch wollten wir dem „Tag der Befreiung“ Rechnung tragen.

Denn der 8. Mai 1945 war der Tag, an dem mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der 2. Weltkrieg zu Ende ging. Dies bedeutete das Ende der faschistischen Barbarei in Deutschland und damit auch in Europa.

Wir besorgten uns einen Arm voll Nelken und trafen uns mit unseren AGA-Kollegen Günter Triebe und Hartmut Herold, um zum Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park zu gehen. Das am 8. Mai 1949 eingeweihte Ehrenmal ist eine Gedenkstätte zur Befreiung vom Nationalsozialismus und zugleich ein Soldatenfriedhof.

Schon von weitem konnten wir feststellen, dass viele Menschen mit Blumen auf den Weg zum Ehrenmal waren. Ein internationales Sprachengewirr war zu hören. Es gab keine Demo, sondern die vielen Menschen kamen, weil sie der Gefallenen gedenken wollten. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten organisierte Musik zum Gedenken.

Wenn man über den großen Ehrenfriedhof läuft, herrscht schon eine eigentümliche Stimmung: Ruhe, Nachdenklichkeit, die Reliefdarstellungen aus dem „Großen Vaterländischen Krieg“ von 1941 bis 1945 betrachtend, die sich an der Seite des Ehrenfriedhofes befinden. Unsere Blumen legten wir an verschiedenen Orten nieder. An der Krypta kam ich ins Gespräch mit einem Besucher etwa meines Alters. Er wollte sich mit einem „Stchastliwowo“ – „Alles Gute“ auf Russisch – verabschieden, was uns ins Gespräch brachte. Er erzählte, dass er aus Nordrhein-Westfalen komme und als Student 1989 in Sibirien zur Erholung war. Und als er wiederkam, gab es keine DDR mehr.

Am Ausgang kamen wir mit einem Mann ins Gespräch, der mit einem großen Gebinde auf seine Gruppe wartete. Er erzählte uns, dass sie jedes Jahr aus Nordrhein-Westfalen hierherkämen, weil es „ihr Denkmal“ sei. Nachdem wir ein wenig verwundert dreinschauten, erzählte er uns, dass die meisten aus seiner Gruppe sogenannte „Russenkinder“ sind: Kinder aus Beziehungen zwischen deutschen Frauen und derzeit in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten. Nicht, dass ich nicht wusste, dass es sehr viele dieser Kinder in Deutschland gibt, aber der Zusammenhang mit dem Denkmal war für mich neu. Aus der Vergangenheit weiß ich, dass man darüber nicht gerne sprach. Aber toll finde ich, dass diese Gruppe „Russenkinder – Distelblüten“ ihre Erlebnisse und Erfahrungen teilt und sich untereinander unterstützt, nach ihren Familien zu suchen.

Nach diesen Begegnungen waren wir doch ein wenig berührt und wollten nur noch eins: Das „Fest der Freude“ aus Wien nicht versäumen. Denn es wurde am Abend übertragen – wegen Corona nicht „im Original“, sondern als Zusammenstellung aus den Jahren davor. Das Fest wird seit 2013 jedes Jahr auf dem Heldenplatz in Wien veranstaltet. Dabei kommen Zeitzeugen zu Wort, die von den schweren Zeiten berichten und immer wieder das „Nie wieder!“ betonen. Begleitet wird das „Fest der Freude“ durch die Wiener Philharmoniker. Den Abschluss bildete auch diesmal die „Ode an die Freude“ aus der 9. Sinfonie von Ludwig van Beethoven, die zum Schluss normalerweise mit dem Publikum gemeinsam gesungen wird. Dies vor Ort zu erleben, ist ein unbeschreibliches Erlebnis.

Monika und Rolf Wittek

8. Mai soll Feiertag werden – IG Metall und Zeitzeug*innen unterstützen Forderung des VVN-BdA

Der 8. Mai 1945 ist als Tag der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, Völkermord und Kriegsgrauen ein Schlüsseltag in der deutschen Geschichte. In diesem Jahr war er in Berlin Feiertag und arbeitsfrei. Das sollte auch 2021 und in den Jahren danach so sein! Wir haben mit vier Berliner IG Metall-Mitgliedern – alle über 90 Jahre alt – darüber gesprochen, wo und wie sie den 8. Mai 1945 erlebt haben.

Um den 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus angemessen zu würdigen, hatte der rot-rot-grüne Berliner Senat im Dezember 2018 den 8. Mai 2020 zum Feiertag in Berlin erklärt. Zwar hat die Corona-Krise den Feierlichkeiten einen Strich durch die Rechnung gemacht; an der Bedeutung des Tages und seinem 75-jährigen Jubiläum änderte das jedoch nichts.

Der Verein der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) fordert schon seit Längerem, den 8. Mai zum offiziellen Feiertag in Deutschland zu machen. Gemeinsam mit der Auschwitz-Überlebenden und Vorsitzenden des deutschen Auschwitz-Komitees Esther Bejarano hat der VVN-BdA eine Petition gestartet, um Bundeskanzlerin Angela Merkel aufzufordern, den 8. Mai zum Feiertag zu erklären. Mehr als 80.000 Menschen haben die Petition schon gezeichnet (Petition auf Change.org).

„Der 8. Mai muss Feiertag werden!“ – Die Forderung der 95-jährigen Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano wird von vielen antifaschistischen, demokratischen Gruppen und Organisationen unterstützt, z.B. hier ein Facebook-Beitrag der DGB-Jugend Südwestfalen.

„Die IG Metall Berlin unterstützt die Petition“, sagt Birgit Dietze, Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin. „Zahlreiche unserer älteren Mitglieder haben die Gräueltaten der Nazis erleben müssen und berichten uns davon. Seit der Befreiung vom Nationalsozialismus leben wir nun seit 75 Jahren in Frieden in Europa. Wir gedenken an diesem Tag der Opfer und es ist unsere Aufgabe mit dafür zu sorgen, dass sich so etwas nie wiederholt.“

Wir haben mit vier Berliner IG Metall-Mitgliedern über „ihren“ 8. Mai 1945 gesprochen und wie es ihnen danach ergangen ist – und was sie davon halten, den 8. Mai als Feier- und Gedenktag zu erklären.

In Flensburg: „Da ist einer mit dem Motorrad vorbeigefahren und hat gesagt, der Krieg ist zu Ende“

Joachim Dartsch, Jahrgang 1926: „Am 8. Mai 1945 war ich in Flensburg. Da ist einer mit dem Motorrad vorbeigefahren und hat gesagt, der Krieg ist zu Ende. Da waren wir ganz zufrieden. Wir lagen ja in den Zelten im Dreck und hatten nichts zu essen.

Ich hatte Glück gehabt, dass ich im Krieg nichts abgekriegt habe. Anfang 1944 bin ich eingezogen worden. Ich habe die Bombenangriffe in Berlin miterlebt, bei uns in der Blumenstraße in der Nähe vom Flughafen. Das war keine gute Zeit.

1946 bin ich nach Berlin zurückgekommen. Ich habe bei der AEG angefangen und bin in die Gewerkschaft eingetreten. Ich hatte Werkzeugmacher gelernt, da habe ich 33 Jahre gearbeitet, bis zur Pleite. Ich habe Werkzeuge für Waschmaschinen und Fernseher gemacht. Das war mein Berufsleben.

So einen Gedenktag am 8. Mai könnte man schon machen, das fände ich gut. Dann erinnert man sich, dass das nicht wieder passieren darf."

Auf der Flucht: „Da waren wir froh, dass der Krieg vorbei ist"

Elly Hager, Jahrgang 1927: „1945 war ich in Österreich, aber ich bin aus Klaipėda aus Memel. Wir waren auf der Flucht in Österreich und da haben sie uns mitgeteilt, dass der Krieg zu Ende ist. Da waren wir froh, dass der Krieg vorbei ist.

Wir sind dann weiter nach Erfurt, da hatten wir Verwandte. Ich war mit meiner Tante unterwegs, wir sind erst mit einem Wagen gefahren, dann mit dem Zug; wir waren in Tschechien und in Österreich und dann in Sachsen.

Ich habe bis 1946 in Erfurt gelebt, 1947 bin ich nach Berlin. Ich war Glasbläserin und habe die ersten Jahre auch als Glasbläserin gearbeitet. Später habe ich bei Gillette und bei Vissmann gearbeitet, 1973 bin ich in die IG Metall eingetreten, weil ich dann besser abgesichert war.

Ich fände das gut, dass der 8. Mai ein Feiertag wäre, die Gewerkschafter sollen ja auch mal einen Tag mehr frei haben. Und die Menschen sollen sich an den Krieg erinnern. Ich war erst 17 Jahre alt, als wir wegmussten. Wir sind andauernd auf der Flucht gewesen. Wir hatten einen Bauernhof und ein schönes Zuhause in Memel, das habe ich mein Leben lang vermisst."

Auf dem Fischkutter: „Für uns war es ein Glückstag, dass der Krieg zu Ende war"

Gerhard Diestel, Jahrgang 1922: „Ich erinnere mich ganz gut an den 8. Mai 1945. Ich war als Soldat in Liepāja, das ist eine Hafenstadt in Lettland. Ich war mit meiner Einheit auf einem Fischkutter. Wir waren 100 Leute und wollten Richtung Westen. Die Besatzung des Fischkutters hat uns gesagt, dass der Krieg vorbei ist.

Ich war so glücklich, dass der Krieg vorbei ist, und ich hatte Glück, dass ich auf dem Fischkutter war. Wir wollten nach Hause und sind dann in der Kieler Bucht von den Engländern in Gefangenschaft genommen und interniert worden. In Schleswig-Holstein in Dransau, in der Nähe von Eutin, da haben wir ein halbes Jahr in Kuhställen gelebt. Ich bin dann in die englische Zone entlassen worden. Ich habe Elektroschlosser gelernt und mein Berufsleben im Spreewald im Kraftwerk gearbeitet, ich war Mitglied der Gewerkschaft.

Ich bin sehr dafür, dass der 8. Mai ein Feiertag wird. Für uns war es ein Glückstag, dass der Krieg zu Ende war. Ich spreche auch mit meinen Enkeln über den Krieg. Das ist manchmal ein bisschen kompliziert, die Enkel sehen den Krieg ja nur in Bildern. Die Kinder haben ja die Trümmer noch miterlebt."

In Babelsberg: „Da haben wir gejubelt, als wir gehört haben, dass der Krieg zu Ende ist"

Irmtraut Quintero-Rodriguez, Jahrgang 1929: „Ich war am 8. Mai 1945 in Babelsberg, da bin ich geboren. Da haben wir gejubelt, als wir gehört haben, dass der Krieg zu Ende ist. Wir haben gedacht, endlich haben wir unsere Freiheit wieder und jetzt wird endlich alles besser. Wir waren froh, dass der Krieg zu Ende war.

Ich war zehn Jahre, als der Krieg angefangen hat, ich war ja noch ein Kind. In Babelsberg hatten wir immer die Flieger über uns drüber weg. Wir wurden zwar nicht ausgebombt, aber gehört haben wir die Flieger immer. Wir mussten in den Luftschutzkeller und sind wieder raus, wenn es vorbei war. Babelsberg war ja zum Glück nicht Berlin. Das war bedrückend im Keller, man konnte nicht raus und hat das Brummen der Flieger gehört.

Ich war ja im Osten und bin 1960 dann nach Westberlin. Ich habe in der Metallbranche als Maschinenarbeiterin gearbeitet und bin in die IG Metall eingetreten, das war gut. Die IG Metall hat viel gemacht, sonst wäre ich auch nicht bis heute dringeblieben. Mein Mann ist gebürtiger Spanier, der ist in den 60ern als Gastarbeiter nach Berlin gekommen.

Ich finde es gut, wenn der 8. Mai Feiertag wird. Das wäre gut, damit man sich immer an die Zeit erinnert. Ich erzähle auch meinen Kindern, was man alles mitgemacht hat. Allein schon mit dem Essen. Wir können ja improvisieren, das haben wir damals gelernt. Jetzt mit dem Virus müssen wir wieder improvisieren."

ERWERBSLOS – UND PLÖTZLICH IST ALLES ANDERS

Erwerbslosenarbeit der AGA Weser-Elbe unter Corona-Bedingungen

Probleme mit dem Vermieter, dem Arbeitsamt oder Sozialamt – das sind Fragen und Ängste, die Erwerbslose beschäftigen. Auch die häusliche Situation ändert sich grundlegend. Ständig ist der oder die Erwerbslose zuhause, der Tagesablauf muss geändert werden, finanzielle Sorgen und vor allem Zukunftsängste plagen. All dieser Stress wirkt auch auf die Familienangehörigen nicht fördernd. Erwerbslose, die zu uns in die Beratung kommen, wollen konkrete Hilfe.

Uns, das ist die Initiative der IG Metall-Geschäftsstelle Weser-Elbe in Bremerhaven zur Erwerbslosenberatung. Die dringendste Aufgabe unserer Initiative ist es, die bereits erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen oder die in naher Zukunft Betroffenen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen; sei es in Form von Beratung und Hilfe bei allen Ämterfragen oder der Organisation von regelmäßigen Treffen und Informationsveranstaltungen.

Zu tun gibt es genug, ist die Region Weser-Elbe doch schon seit Jahren von einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit betroffen. Die Kolleginnen und Kollegen sind dankbar für die Beratung. Neben der Beratung werden die Betroffenen auf Wunsch auch zur Job-Agentur oder zu Behörden begleitet.

Normalerweise trifft die Initiative sich jeden Dienstag von 10 bis 13 Uhr in den Räumen der Geschäftsstelle und die Kollegen Nedzat Memedovski und Hans-Jürgen Bangert aus dem AGA-Bereich stehen als ehrenamtliche Berater*innen zur Verfügung. Doch mit „Corona“ hat sich alles verändert. Die regelmäßigen Treffen der Initiative sind bis auf weiteres ausgesetzt. Die Beratung wird jetzt von den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle geleistet. Die ehrenamtlichen Berater*innen können dieses nur telefonisch unterstützen. Dabei ist der Beratungsbedarf eher größer geworden. Die Corona-Krise hat neue Probleme geschaffen. Viele Beschäftigte befinden sich in Kurzarbeit. Betriebe leiden unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, und die Angst um den Arbeitsplatz ist größer geworden.

Wir alle hoffen auf ein Ende der Corona-Pandemie, damit wir unsere Arbeit wieder umfänglich aufnehmen können. Aktuelle Informationen finden sich auch auf der Internetseite unserer Geschäftsstelle: www.igmetall-weser-elbe.de

GEMEINSAM FÜR RESPEKT UND GEGEN RASSISMUS

AGA und Ortsjugendausschuss in Bocholt zeigen Flagge

Wir, die Kolleginnen und Kollegen in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit der IG Metall-Geschäftsstelle Bocholt, sind dabei. Wir stehen gemeinsam für Vielfalt, Offenheit und Zusammenhalt. Wir setzen ein Zeichen gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz!

Wir als Metaller*innen beziehen Position – egal ob jung oder alt. Gemeinsam mit dem Ortsjugendausschuss zeigen wir mit der RESPEKT-Aktion Flagge für einen respektvollen Umgang miteinander. Wir streiten für Toleranz, Anerkennung und Wertschätzung. Wir unterscheiden weder nach Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Religion. Wir kennen nur Kolleginnen und Kollegen.

In unserer Geschäftsstelle sind rund 4000 Rentner*innen unter dem Dach der AGA organisiert. Wir alle wissen, dass es heute wichtiger denn je ist, unsere Haltung auch öffentlich zu zeigen. Wir sind Vorbilder für unsere Jugend. Wir wollen Flagge zeigen gegen Rassismus. Wir können nicht die Augen und Ohren verschließen, wenn sich Plattitüden und Vorurteile zu rechtspopulistischen Stammtischparolen verdichten. Wir können nicht weghören, wenn gezielt Angst geschürt und Hetze verbreitet wird, wenn Ressentiments und Rassismus verstärkt werden. Hier ist Widerstand angesagt: Gegen Menschenverachtung und Dummheit! Vereinfacht gesagt, wir müssen lauter werden.

Ja, wir leben in einer globalisierten Welt, deren Unüberschaubarkeit verunsichert. Doch das ist der Preis der Freiheit, in der wir (gern) leben. Wenn diese Freiheit missbraucht wird, indem bestimmte Menschengruppen herabgewürdigt und rechtsextreme Einstellungen verharmlost werden, läuft etwas schief. Wir stehen für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit – für alle!

Für Deutsche und Nicht-Deutsche, für Männer und Frauen und für diejenigen, die bei uns Schutz vor Krieg, Völkermord und Hunger suchen! Das ist unsere Tradition als Gewerkschafter*innen und IG Metaller*innen. Eine Tradition, auf die wir stolz sind und der wir uns verpflichtet fühlen.

AKTIV TROTZ CORONA

AGA Zwickau: „Wir lassen uns nicht von der Krise unterkriegen!“

Das ist unser Motto. So organisierten wir Treffen des Sprecherrates sowie zwei Seminare mit den Nebenstellenaktiven und dem Arbeitskreis – immer mit dem Ziel, Kontakt zu halten und die Mitgliederbetreuung unter den eingeschränkten Bedingungen zu gestalten. Wir einigten uns auf telefonische Kontakte zu den Jubilaren und verfassten Mitgliederbriefe für unsere aktiven Rentner*innen sowie erwerbslosen Mitglieder.

Organisationswahlen 2020

Die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit ist ein fester Bestandteil der Delegiertenversammlung in Zwickau. Seit über 25 Jahren sind unsere AGA-Delegierten aktiv. 15 (von 75) Delegierte vertreten in Zwickau die Rentner*innen sowie erwerbslose Mitglieder. Das soll so bleiben, verständigte sich der AGA-Arbeitskreis und begann bereits im Vorjahr mit der Vorbereitung der Organisationswahlen 2020.

Mit folgenden Zielen diskutierten wir das Vorgehen:

- mehr Werbung für die Beteiligung an den Versammlungen in den drei Wahlkreisen
- Gewinnung weiterer jüngerer Kandidat*innen
- persönliche Vorstellung durch die Kandidat*innen auf den Wahlversammlungen.

Wir arbeiteten zielstrebig und machten Wahlkampf für unsere AGA-Delegierten. Neben den bewährten Delegierten kandidierten erfolgreich zwei neue Kollegen, erfahrene ehemalige Betriebsräte, jetzt in Altersteilzeit mit Freistellung bzw. Rentner. Sie übernahmen Verantwortung für die Stadtteilarbeit in Zwickau/Pölbitz und den Aufbau der AGA in Glauchau. Rolf Schultze, zuständig für den Stadtteil Zwickau/Eckersbach, konnte gleich fünf Teilnehmer*innen für die Urwahlen in Zwickau gewinnen. Brigitte Klima organisierte eine Fahrgemeinschaft für die Crimmitschauer. Unsere AGA-Kandidaten stellten sich auf der Wahlveranstaltung engagiert vor. Und wir machten vor der Wahl auf unsere Wahlempfehlung aufmerksam.

Was haben wir damit erreicht? Unser Einsatz hat sich gelohnt, 16 Delegierte der AGA wurden insgesamt gewählt. Das ist ein gutes Ergebnis. Auf der (coronabedingt verspäteten) konstituierenden Delegiertenversammlung wurde Karin Körner für den AGA-Arbeitskreis in den Ortsvorstand gewählt.

Wir wünschen allen Delegierten und dem Ortsvorstand für die nächsten vier Jahre eine erfolgreiche Interessenvertretung der Mitglieder!

Auf den Spuren Sächsischer Industriekultur

Im Rahmen eines Tagesseminars besuchten Kolleginnen und Kollegen des AGA-Arbeitskreises der IG Metall Zwickau die Zentralausstellung der 4. Sächsischen Landesausstellung „Boom“ im Audi-Bau in Zwickau.

500 Jahre Industrie-, Arbeits- und Gewerbekultur in Sachsen auf 2500 Quadratmetern mit über 500 wertvollen historischen Objekten, hochkarätigen Kunstwerken, Fotografien und Filmen zu präsentieren, ist den Machern des Deutschen Hygiene-Museums Dresden hervorragend gelungen.

In sechs Kapiteln wird der Besucher durch die Industriegeschichte Sachsens geführt. Wir hatten unserem Begleiter durch die Ausstellung von unserem gewerkschaftlichen und beruflichen Hintergrund berichtet. Darauf besonders eingehend, war das Kapitel „Trabi & Treuhand“ für uns ein Weg durch die Geschichte unseres eigenen Erwerbslebens.

So verwunderte es nicht, dass eine Kollegin feststellte: „Der Motor an der Schleifmaschine wurde vor 60 Jahren in dem Betrieb gebaut, in dem ich mal gearbeitet habe. Der Motor funktioniert noch heute. Ob das Unternehmen auch weiterhin bestehen bleibt, wird sich zeigen.“ Ein Kollege stellte fest, dass sich der technische Standard der Webstühle im gesamten 20. Jahrhundert kaum verändert hatte.

Für uns war der Besuch beeindruckend, was Exponate und Präsentation betrifft. Unser Resümee: sehens- und erlebenswert!

AUF UND AB IN ZEITEN DER PANDEMIE

AGA-Arbeit im Bezirk Bayern

Rund 67.000 Rentner*innen verzeichnen wir als Mitglieder im Bezirk Bayern. 20 AGA-Arbeitskreise in 18 Geschäftsstellen mit zehn bis 70 regelmäßig teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen stehen für unsere aktive und bunte Senior*innen-Arbeit. In Abständen von dreimal jährlich bis hin zu monatlichen Treffen organisieren sie normalerweise die Arbeit vor Ort. Pandemiebedingt ging es 2020 für uns in der AGA-Arbeit auf und ab.

Die Gesundheit unserer Aktiven stand selbstredend an vorderster Stelle. Aus Gründen des Infektionsschutzes konnten wir die AGA-Arbeit nicht im gewohnten Rahmen organisieren. Persönliche Treffen, Ausflüge, Geburtstagsbesuche bei Jubilar*innen – alle Aktivitäten haben wir flexibel dem Auf und Ab der Infektionszahlen angepasst.

Lag beispielsweise die Unterstützung der Geschäftsstellen beim telefonischen Rückholmanagement im Lockdown Anfang des Jahres brach, ließen sich unsere engagierten Rückholer*innen im Sommer nicht davon abhalten, die Telefonate in den Geschäftsstellen wieder aufzunehmen.

Zwar konnten die bezirklichen Präsenzseminare nicht stattfinden, aber in einigen Geschäftsstellen waren in „Corona-Lücken“ dennoch Präsenzsitzungen möglich, und auch das Leitungsteam konnte coronasicher in der Bezirksleitung tagen.

In der bayerischen Aktionswoche ließen es sich unsere Senior*innen nicht nehmen, unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen an den zahlreichen Aktionen in den bayerischen Geschäftsstellen auf der Straße Flagge zu zeigen.

Die Kommunikation haben wir in den meisten örtlichen Ausschüssen auf E-Mails und Telefonate umgestellt. „Zoom“utung? Auch digitale Sitzungen (z. B. Videokonferenzen mit der Software „ZOOM“) nutzen wir verstärkt, um uns auszutauschen

Für 2021 hoffen wir auf sinkende Infektionsraten und planen, die AGA-Arbeit wieder zu steigern. Tarifrunde, Landtags- und Bundestagswahlen: Hier werden wir unsere Themen wieder einbringen!

Rückholteam GS Augsburg

GS Schweinfurt – Bayerische Aktionswoche

GS Aschaffenburg – Leitungstreffen am 6. Oktober 2020 im Spessart

ZEITREISE DURCH DIE JÜNGERE DEUTSCHE VERGANGENHEIT

AGA Lenneschiene besucht Haus der Geschichte

Die IG Metall-Senior*innen der Lenneschiene im Märkischen Kreis begaben sich auf eine historische Spurensuche. Ziel war das Haus der Geschichte in Bonn. Das Museum informiert über die deutsche Zeitgeschichte seit 1945.

Die Dauerausstellung zeigt die Entwicklung Deutschlands vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart und ist mit moderner visueller Technik ausgestattet. Bestaunt wurden zahlreiche zusammengetragene Exponate, auch das Skurrile:

- ein Rednerpult des ersten Deutschen Bundestages in Bonn
- verschiedene 1. Mai-Plakate
- erster Volkswagen „Käfer“ und ein VW-Bus mit Peace-Zeichen
- Wasserwerfer aus der Zeit der Notstandsgesetzgebung (APO-Zeit)

IG METALL: WICHTIG AUCH UND GERADE IM ALTER!

Haltearbeit der AGA in der Region Hamburg

„Ich bin jetzt in Rente, da brauche ich die IG Metall nicht mehr.“ Diese Antwort hat Fred Harfst nicht zum ersten Mal erhalten. Fred Harfst ist einer von 15 Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle Region Hamburg, die ehrenamtliche Haltearbeit verrichten.

Sie nehmen Kontakt zu Senior*innen auf, die ihre Mitgliedschaft in der IG Metall beenden wollen. Der Kontakt zu den austrittswilligen Kolleginnen und Kollegen erfolgt in der Regel telefonisch. Die Gründe für einen Austritt sind vielfältig, jedoch überwiegen zwei Aussagen: Die Ansicht, die IG Metall als Rentner*innen nicht mehr zu benötigen und existenzieller Geldmangel. Immer wieder sind die „Haltearbeiter“ erschüttert, in welchen Finanznöten sich nicht wenige unserer älteren Mitglieder befinden. Wer buchstäblich jeden Cent umdrehen muss, versucht auch am Mitgliedsbeitrag zu sparen.

Seit 2004 findet in der Geschäftsstelle diese spezielle Haltearbeit statt. Fred Harfst ist von Anfang an dabei. Die 15 ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen sind selbst im Ruhestand, aber weiterhin aktiv. Über Jahrzehnte haben sie in betrieblichen Auseinandersetzungen und Tarifkämpfen die große Bedeutung starker Gewerkschaften schätzen gelernt. Daraus schöpfen sie die Motivation, Senior*innen zu überzeugen, Teil einer kämpferischen und solidarischen Gemeinschaft zu bleiben. Sie hätten nicht so lange durchgehalten, wenn nicht ihr Erfolg sie immer wieder anspornt.

Jedes Jahr führen sie einige hundert Gespräche. Dabei gelingt es ihnen bei fast jedem vierten Kontakt, von dem Sinn einer weiteren Mitgliedschaft in der IG Metall zu überzeugen. Was macht sie so erfolgreich? Neben ihrer authentischen Überzeugung sind es ihre Argumente dafür, Mitglied einer starken Gemeinschaft zu bleiben, aber auch der weiter bestehende Rechtschutz. Im Ruhestand ist besonders der Sozialrechtschutz von Bedeutung. Nicht wenige von uns kennen das: Ärger mit der Rentenversicherung, der Krankenkasse oder der Pflegeversicherung. Da ist es beruhigend, sich einer kompetenten rechtlichen Unterstützung in Streitfragen gewiss zu sein.

Das Corona-Virus hat auch die Haltearbeit verändert. Vorübergehend haben die Kolleginnen und Kollegen von zuhause aus gearbeitet, bis in der Geschäftsstelle durch entsprechende Hygienemaßnahmen das Arbeiten wieder möglich war. Dem Erfolg der Haltearbeit konnte Corona allerdings nichts anhaben.

AUF DER STRASSE, IN DER KIRCHE

AGA Nordhessen: Gemeinsam für Vielfalt – Nein zu Rassismus!

„Gemeinsam für Vielfalt – Nein zu Rassismus!“ – Unter diesem Motto zeigten Kolleginnen und Kollegen des Ortsfrauenausschusses, des Migrant*innenausschusses und der AGA der IG Metall-Geschäftsstelle Nordhessen mit einer Aktion am 25. Juli in der Kasseler Innenstadt Haltung und klare Kante für Vielfalt und Toleranz, gegen Rassismus und gegen Rechts.

Zehn große bunte Luftballons, beschriftet mit unseren Positionen, leuchteten gut leserlich und unübersehbar im Straßenbild:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Nein zu Rassismus!
- Wer offen ist, kann mehr erleben.
- Gemeinsam für Vielfalt!
- Die Zukunft braucht uns alle.
- Würde hat keine Hautfarbe.
- Black Lives Matter.
- Öffne Dein Herz.
- Öffne Deine Augen, öffne Deinen Mund.
- Rassismus entsteht im Kopf – Offenheit auch.

„ES TUT SO GUT, EUCH MIT DEN BALLONS ZU SEHEN!“

Unser Weg führte über den Wochenmarkt und die Königstraße bis zum Rathaus und über den Obelisken[1] in der Treppenstraße zurück zum DGB-Haus.

Wir freuten uns sehr über die vielen positiven Rückmeldungen der Passant*innen, die uns auf dem Weg durch die Innenstadt begegneten. Ablehnende Reaktionen waren eindeutig in der Minderzahl. Für uns, die Beteiligten an der Aktion, ist klar: Solange es Rassismus und rassistische Übergriffe in unserer Gesellschaft gibt, werden wir weitere Aktionen machen und gegen Rassismus kämpfen!

1 Der Obelisk ist ein für die documenta 14 entworfenes Denkmal des nigerianisch-amerikanischen Künstlers Olu Oguibe. Zur documenta wurde es 2017 am zentralen Kasseler Königsplatz aufgestellt und 2019 in die Treppenstraße versetzt. Die Säule trägt in den vier in Kassel am häufigsten gesprochenen Sprachen Deutsch, Arabisch, Englisch und Türkisch die Inschrift: „Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt“, ein Zitat aus dem Matthäus-Evangelium.

„GUT, DASS IHR DAS MACHT UND HALTUNG ZEIGT!“

„WIR UNTERSTÜTZEN EUCH!“

Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Orte: AGA trifft sich in der Kirche

Besonders die AGA-Arbeit litt 2020 unter den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, zählen doch gerade ältere Kolleginnen und Kollegen häufig zur Risikogruppe. Digitale Angebote und ungewöhnliche neue Tagungsorte machten die Weiterarbeit möglich.

Um in Kontakt mit den Mitgliedern der AGA zu bleiben, versendete die Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den Sprecher*innen des AGA-Ausschusses Briefe und wöchentliche Informationsmails. Im Juni fand dann die erste digitale AGA-Sitzung statt. „Wenn wir uns schon nicht persönlich treffen können, dann wenigstens digital!“. Die Rückmeldungen zu diesem Angebot waren positiv, auch wenn die Beteiligung deutlich niedriger als gewöhnlich ausfiel.

Im August war es dann soweit: „Schön, dass wir uns wieder persönlich treffen und direkt miteinander reden und diskutieren können“, das war die einhellige Meinung der zweiundzwanzig Kolleginnen und Kollegen, die sich zur ersten Präsenzsitzung der AGA Nordhessen unter Corona-Bedingungen am 19. August 2020 in der Lukaskirche in Kassel trafen. Ungewöhnliche Zeiten erfordern eben auch ungewöhnliche Orte: In der Kirche stellte die Ein-

Viele AGAs unterstützten weiter die betrieblichen Aktionen wie die Auseinandersetzung bei GE Grid.

AGA tagt an einem ungewöhnlichen Ort

haltung der Abstands- und Hygieneregeln kein Problem dar. Während des Treffens erzählten wir uns, wie es uns und unseren Familien während der Pandemie bislang ergangen ist und unter welchen Auswirkungen die Betriebe unserer Region leiden. Wir informierten uns über die anstehende Beschäftigten-Befragung der IG Metall und über das weitere Vorgehen unserer Geschäftsstelle. Unsere „jungen“ AGA-Mitglieder führen die gute Tradition unserer Arbeit fort und beteiligten sich an den Protesten der Kolleginnen und Kollegen von GE Grid in Kassel, deren Produktionsstandort geschlossen werden soll.

Ein wichtiger Punkt in unserer Diskussion war die Frage der Solidarität in Corona-Zeiten und dass viele Probleme unserer Gesellschaft wie unter einem Brennglas noch deutlicher sichtbar werden. Viele soziale Einrichtungen, wie die Kasseler Tafel, mussten zeitweise schließen, Familien mit Kindern standen unter besonderem Stress, viele Eltern mussten Heimbüro und Heimschule miteinander vereinbaren. Manche Familien sind unter der Belastung zerbrochen. Folglich arbeiten in Kassel Organisationen wie die Kasseler Tafel, das Frauenhaus und der Kinderschutzbund daran, die Folgen der Corona-Pandemie zu lindern. Als Zeichen praktischer Solidarität bittet die AGA um Spenden, damit die Arbeit dieser Organisationen und Einrichtungen aufrechterhalten werden kann.

Einhelliger Wunsch der anwesenden AGA-Mitglieder war es, die Sitzungen auch künftig wieder in Präsenz durchzuführen. Es lebt und arbeitet sich einfach besser, wenn man sich direkt begegnet.

Bis zum Ende dieses Jahrs plant der AGA-Ausschuss weitere Präsenzsitzungen, allerdings nicht wie bisher im monatlichen Rhythmus, sondern alle zwei Monate. Die Sitzungen werden dann wieder in geeigneten großen Räumlichkeiten außerhalb des Gewerkschaftshauses stattfinden. Außergewöhnliche Zeiten brauchen eben außergewöhnliche Orte.

AGA-TERMINE 2021

Seminare für unsere Aktiven

Ehrenamtliches Engagement in der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit braucht Qualifizierung. Das Ressort Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik/AGA bietet in Zusammenarbeit mit den IG Metall-Bildungszentren die unten aufgeführten Seminare an.

Eine Teilnahme an den Blockseminaren ist nur möglich, wenn die Anmeldung für beide Blöcke verbindlich erfolgt ist.

Datum	Titel	Seminar-nummer	Ort
28.03. – 31.03.2021	Multiplikator*innen AGA Block I	WX01321	Beverungen
09.05. – 12.05.2021	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	VVL01921	Bad Orb
05.09. – 08.09.2021	Weiterentwicklung der AGA vor Ort	WX03621	Beverungen
13.10. – 15.10.2021	Sozialberatung zum SGB II	WX04121	Beverungen
24.10. – 27.10.2021	Anregungen für die gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit vor Ort	BL04321	Beverungen
28.11. – 31.11.2021	Multiplikatoren AGA Block II	WX04821	Beverungen

Ausführliche Beschreibungen sind im „Bildungsprogramm 2021 der IG Metall für Aktive in Betrieb und Gesellschaft“ zu finden. **Das Programm steht auch im Internet unter www.igmetall.de › Service › Bildung & Seminare**

Prod.-Nr. 19706-92505